

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:
 „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“,
 „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Die Luther-Politik wird fortgesetzt!

Eine Erklärung der Reichsregierung

(Sig. Drahtb.) Berlin 27. Oktober.

Das Kabinett Luther veröffentlicht nach dem Austritt der drei deutschnationalen Minister folgende Erklärung:

„Das Reichskabinett betrachtet es als seine politische Pflicht, auf dem in Locarno begonnenen Wege fortzuschreiten, um dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember, dem Tage, der für die Zeichnung des in Locarno garantierten Vertrages vorgesehen ist, ein Gesamtergebnis zur Beschlussfassung unterbreiten zu können. Aus dieser Erwägung erachtet es das Reichskabinett für geboten, von einer Demonstration abzusehen und die Reichsgeschäfte weiterzuführen.“

Vom Reichsminister und Reichspräsidenten sind die Entlassungsgesuche der drei Minister, wie selbstverständlich, angenommen worden. In drei „Dankebriefen“ rühmt Hindenburg die „Verdienste“ der Auscheidenden.

prompt den Minister aus der Klemme zog. Wenn Neuhaus über Zoll- oder Wirtschaftsfragen redete, dann gab er einen verbindlichen Auszug aus den Leitartikeln des Berliner Lokalanzeigers. Als provisorischer Nachfolger für Neuhaus kam der Staatssekretär Trendelenburg in Frage. Herr Trendelenburg hat bisher die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich geleitet. Er ist viel intelligenter als sein bisheriger Chef. Aber ebenso wie Neuhaus, in allen Wirtschaftsfragen das gefügige Werkzeug des Reichspräsidenten der Industrie.

Auch Herr Schiele, von Beruf Rittergutsbesitzer, ist nicht durch überragende Geistesgaben Parteivorlesender der Deutschnationalen und Minister geworden, sondern Schiele ist einfach dadurch hochgekommen, daß er in keiner Harmlosigkeit seiner der Gruppen nachrichtungen treibet, die in der Deutschnationalen Partei vorhanden sind. Der rechte Flügel der Deutschnationalen gönnte den Linken nicht den Parteivorstand, umgekehrt war es daselbst. So stellte man, um den Parteistunden zu ihren, den ahnungslosen Herrn Schiele an die Spitze und so kam Schiele auch als Vertrauensmann der Deutschnationalen ins Innenministerium.

Im Reichsinnenministerium ist die Person des Chefs nicht sehr wesentlich. Der schwarz-weiß-rote Polizeiführer war der gleiche unter Jarres wie unter Schiele und er wird derselbe auch bei jedem Nachfolger werden. Der Rücktritt der drei deutschnationalen Minister hat parteitaktisch ein gewisses Interesse. In der Sache des Vertrauensmann der drei Ministerien ändert er nicht das mindeste.

Das endgültige Berliner Wahlergebnis Kommunisten von 20 auf 42 Mandate gestiegen

(Sig. Drahtb.) Berlin 27. Oktober.

Nachmehr liegt das Gesamtergebnis der vorgestrigen Stadtverordnetenwahl vor. Von insgesamt 1 853 000 Stimmen erhielten:

Kommunisten	347 000	42 Mandate
1921	163 000	20 „
Sozialdemokraten	505 000	74 „
1921	319 000	42 „
Deutschnationalen	385 000	47 „
1921	319 000	42 „
Deutsche Volkspartei	111 000	14 „
1921	267 000	35 „
Demokraten	172 000	21 „
1921	127 000	17 „
Zentrum	63 000	8 „
1921	63 000	8 „
USP	15 000	2 „
1921	329 000	44 „
Völkische	53 000	6 „
1921	12 000	1 „

Für die Beurteilung des Wahlergebnisses ist es noch wichtig festzustellen, daß Kommunisten, Sozialdemokraten und Unabhängige mit 118 Sitzen gegenüber 107 Bürgerlichen stehen. (Früher 110:115.)

Vom Tage

Der Genosse Urbahn, der Hauptangeklagte im Ham-Lurger Aufstandsprozeß ist auf Grund einer Entscheidung des hiesigen Oberlandesgerichts aus der Festungshaft entlassen worden.

Die Sowjetabteilung für Werkzeugmaschinen hat in den letzten acht Tagen mit 32 deutschen Firmen Lieferungsverträge für Werkzeug und Werkzeugmaschinen im Gesamtwerte von 15 Millionen Mark abgeschlossen. Weitere Verträge stehen bevor.

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz erhielten die Sozialdemokraten 48 Mandate, die Radikaldemokraten 58. Die Kommunisten stiegen von zwei auf drei Abgeordnete.

Die Griechen legen ihre Artilleriekanone der Stadt Petritsch fort. Nimmehat hat auch die bulgarische Regierung zu verstehen gegeben, bei einem weiteren Vordringen der Griechen Widerstand zu leisten.

Unter Beteiligung von 13 Staaten wurde in Peking eine chinesische Zollkonferenz eröffnet.

Das Zentrum und die Breitenfrage

Die Schwerindustrie für den Bürgerkrieg in Preußen

Der Kampf der einzelnen bürgerlichen Parteien gegeneinander beweist zweierlei: Erstens die Spaltung der Bourgeoisie in verschiedene Schichten, deren Interessen einander oft entgegengesetzt sind, zweitens den Betrug der Arbeitermassen, denen durch den Kampf der bürgerlichen Parteien gegeneinander verdeckt werden soll, daß im Kampfe gegen das Proletariat die Bourgeoisie und ihre Parteien einmütig zusammengehen. Die Bourgeoisie kennt unendlich viel Regierungsombinationen, um ihre Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten, von einem „neutralen“ Fachkabinett bis zu einer sozialdemokratischen und allen möglichen Koalitionsregierungen dazwischen. Die Bourgeoisie regiert einmal mit der Linken, ein andermal mit der rechten Hand. Die rechte Hilfe leiht ihr hierbei das Zentrum, das so wunderbar bald nach rechts, bald nach links herüberzuwandern vermag. Gerade die Breitenfrage liefert hierfür einen augenscheinlichen Beweis.

Die „Kölnische Zeitung“, das bekannte Organ der westdeutschen Schwerindustrie, befaßt sich in Nr. 774 in einem bemerkenswerten Leitartikel mit der Breitenfrage in Preußen.

Im Preussischen Landtage hat sich ebenfalls die parlamentarische Situation verändert. Die Deutschnationalen (und besonders die Deutsche Volkspartei und die Völkischen) brachten im Landtage einen Mißtrauensantrag gegen Severing ein. Die Kommunisten gaben eine grundsätzliche Erklärung ab, in der sie erneut ihren grundsätzlichen Kampf gegen Severing und sein System bekundeten, aber es ablehnten, sich an der Abstimmung über diesen Antrag zu beteiligen. Der Zentrumsabgeordnete Heß hielt eine scharfe Rede gegen die Deutschnationalen. Die „Kölnische Zeitung“ kritisiert nun die Kommunisten und ihren Uebergang zu einer geschmeidigeren Taktik einer Taktik, die die sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen will, ohne in sozialdemokratischen Opportunismus zu verfallen. Deshalb versucht sie, die Taktik der Kommunisten vor den Arbeitern als sozialdemokratische Koalitionspolitik zu diskreditieren. Sie schreibt:

„Nunmehr sind die Kommunisten von Moskau (!) angewiesen worden, eine Opportunistenpolitik, parallel derjenigen der Sozialdemokratie, zu treiben. Sie haben daher die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen der bürgerlichen Opposition gegen Severing abgelehnt und sich vorbehalten, statt dessen dem Haushaltsplan in seiner Gesamtheit ihre Zustimmung zu versagen, wobei sie von der Annahme ausgehen, daß die bürgerliche Opposition im Interesse des Staatsganzen dem Staat nicht die notwendigen Mittel versagen darf. Durch diese Aenderung der kommunistischen Taktik ist die Weimarer Koalition der Gefahr entzogen, in der sie bisher dauernd schwebte.“

Hier haben wir ein Meisterwerk der Fälschung. Sie gibt die für die Bourgeoisie richtigste Linie an, wie die Politik der SPD bekämpft werden kann. Den Kommunisten wird nicht mehr und nicht weniger vorgeworfen, als daß sie zur sozialdemokratischen Politik übergegangen seien, daß sie Opportunisten geworden seien, daß sich ihre Stellung zum bürgerlichen Staat gewandelt habe und sie ihm nunmehr die Mittel gewähren wollten (wobei der R. Z. der Lapsus unterläuft, im gleichen Atemzuge die Ablehnung des Etats durch die Kommunisten zuzugeben), die Weimarer Koalition zu halten, die ohne ihre Hilfe zusammenbrechen müßte. Gleichzeitig versucht die R. Z. die Kommunisten als die Urheberin dieses „Opportunismus“ zu denunzieren und uns so in einen Gegenatz zu der „opportunistischen Komintern“ hineinzumanteln.

Wir haben oft genug den Sinn unserer Parolenstaktik in Preußen erläutert und können es uns daher sparen, noch einmal darauf einzugehen. Diese Taktik wird von den Arbeitermassen voll und ganz verstanden und gebilligt. Gerade die Versuch der R. Z., der Stimme der Schwerindustriellen, den Sinn unserer Taktik zu verfälschen, ins Gegenteil umzukehren, sind uns ein Beweis dafür, daß diese Taktik wirkt, wirkt im entgegengesetzten Sinne, wie es die R. Z. haben möchte.

Ebenso interessant sind die Auseinandersetzungen der R. Z. mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Heß. Die R. Z. stellt zunächst fest, daß „unter Führung des Zentrums der Kampf gegen rechts erneut und mit größter Schärfe eingeleitet hat“. Wieso kommt das? Die R. Z. antwortet sehr gut:

„Die heftige Stellungnahme des Zentrums gegen die Deutschnationalen... entspringt den Strömungen im Zentrum, die aus Anlaß des Austritts Wirths aus der Reichstagsfraktion mit starkem Linkstrieb fühlbar wurden und denen der frühere Reichsminister Dr. Marx bei seinen Reisen durch das Land in wachen und klaren Reden sehr stark Rechnung trägt.“ Und die R. Z. fährt fort:

„Daß das Zentrum im gegenwärtigen Augenblick seine Kampfstellung gegen die Deutschnationalen so stark betont, obwohl es im Reich beim Reichstagsauflösung auf ihre Hilfe angewiesen ist, liegt in erster Linie wohl in der Veränderung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse in Preußen in der Zwischenzeit.“

Die drei „Opfer“

Wer sind Schlieben, Neuhaus und Schiele?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die drei deutschnationalen Männer der Reichsregierung sind vorläufig verschwunden. Auf wie lange, weiß man nicht. Graf Kanitz, der Mann des Jollars, der ostpreussische Feudalherr und Musterhase des konservativen alten Stils — Heiß? Warum? Weil er offiziell nicht der Deutschnationalen Volkspartei angehört. Dessenungeachtet kann man nur lächeln, wenn man von dem angeblichen Auszug der Deutschnationalen aus der Reichsregierung hört und feststellt, daß Graf Kanitz nicht miteht. Der Landbund und die Junker brauchen sich nicht zu Sorgen. Sie haben in Kanitz immer noch den besten Verbindungsmann zur Lutherregierung.

Von den drei abgehenden Reichsministern ist Herr v. Schlieben ohne Zweifel die kräftigste Persönlichkeit. Ein typischer Bürokrat alten Stils und Steuererwerbshungriger, der harmlos in allen Streitfragen seinen Willen durchsetzt. Szereationär, ein leibenschaftlicher Gegner jeder Gehaltsaufbesserung für die Unterbeamten, und eines jeden Steuerzahlers für das werktätige Volk. Schlieben war die Verkörperung des deutschen Fiskalismus, der raffigieren Bürokratie, die aus der Masse den letzten Pfennig herauspreßt, nur damit die Reichskassen schon voll sind und damit die Herren Finanzbürokraten keine Sorge haben. Falls Hindenburg nicht Herr v. Schlieben wieder zum Bleiben nötigt, dürfte der Staatssekretär Popitz vorübergehend sein Nachfolger werden. Herr Popitz hat sich bei den Steuerbehörden im Reichstag einen Namen gemacht. Als der schlaue Drahtzieher des Regierungsbündels, der mit immer neuen Kompromissen die Klappen der Steuergehäse zu umschiffen wußte, unter Popitz wird der Schliebensurs der Reichsminister erhalten bleiben. Auch er wird sich bemühen, das werktätige Volk wie eine Zitronen auszuquetschen.

Wenn man Herrn v. Schlieben eine gewisse Willenskraft und Intelligenz nicht abstreiten kann, so mußte man sich bei dem Reichswirtschaftsminister Neuhaus immer nur fragen, wie kann ein solcher Mann Reichsminister werden! Herr Neuhaus, der früher einmal Direktor bei der Schwerindustrie war, ist nur darum der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums geworden, weil die Großindustriellen mit ihm am besten umbringbaren Kontakt. In den Ausschusssitzungen des Reichstages war Herr Neuhaus bei jeder schwierigen Frage von rührender Hilfslosigkeit. Wenn er nicht noch ein wußte, dann blickte er zu dem Abgeordneten v. Raumer, dem getreuten Vertreter der Großindustrie, der

Die R. 3. hat die Karten zu weit aufgedeckt und versucht... die heutige Stellungnahme des Zentrums gegen die Deutschnationalen... nur eine Konzession an die immer härter rebellierenden Arbeiter... im Zentrum ist, daß es eine leere Gasse ist, mit der diese Schichten beruhigt und bei der Zentrumslage gehalten werden sollen.

So im Vorübergehen verleiht die R. 3. dem Zentrum einen Wied, indem sie es daran erinnert, daß es beim Reichstag... auf die Hilfe der Deutschnationalen angewiesen ist. Sie tadelt die R. 3. für die "Veränderung der parlamentarischen Kräfteverteilung" für die Einkerbung des Zentrums... im Reichstag... "so weit ging... das Wirtliche Wort von dem rechtslebenden Feind" anzuwenden und "kulturlämpferische Worte anklagen zu lassen". Die R. 3. schreibt weiter:

"In einem angenehmen Gegensatz zu der angeblich (!) katholisch-fundamentalen Politik der Deutschnationalen rückt er... den Bekannten Brief Seperings über das bedauerliche Urteil im Hamburger Kaufhaus-Prozess, der wohl nicht ohne Rücksicht in einem Zeitpunkt veröffentlicht worden ist, der für keine parlamentarische Auslastung günstig ist. Ein großer Teil des Zentrums und namentlich der deutschen Katholiken wird leicht erkennen, daß der Abgeordnete Dr. Geh... politischen Sweden ein böses Spiel mit konfessionellen Dingen getrieben hat."

Hier zeigt sich trefflich die Rolle des führenden Organs der Schwerindustrie, das versucht, die gesamte Bourgeoisie zusammenzufassen und Umkehrerforderungen der einzelnen bürgerlichen Parteien anzugehen, ihren Kampf gegeneinander zu mildern. Es tadelt auf der einen Seite (recht milde!) die Deutschnationalen wegen der Ueberhebung des konfessionellen Kampfes gegen das Zentrum. Es tadelt auf der anderen Seite (schärfer!) das "böse Spiel" des Zentrums mit den konfessionellen Dingen, hinter denen politische Differenzen stehen. Es lobt so nebenbei die kirchentolerante Stellung der SPD. bzw. Seperings.

Die R. 3. stellt fest, daß das Zentrum eine "Umbildung der Regierung" will, aber nur bis zur Deutschen Volkspartei. Sie weiß natürlich, daß den bürgerlichen Parteien die Angst vor Neuwahlen und einer Wahlniederlage in den Knochen steckt, nur darf sie das nicht offen aussprechen. Vorläufig stellt die R. 3. mit Bedauern fest, bleibt das Zentrum in einer Front mit der Sozialdemokratie. Dann aber kommt der stärkste Hieb gegen das Zentrum:

"Ob die Zentrumsparterie offiziell mit der Haltung ihrer vreußischen Fraktion einverstanden ist, steht dahin. Es werden sicherlich starke Kräfte vorhanden sein und sich zur Geltung zu bringen versuchen, die angesichts der großen inner- und außenpolitischen Arbeit im Reich zwischen dem Zentrum und den rechts von ihm stehenden bürgerlichen Parteien eine Festigung der vreußischen Verhältnisse in einer ähnlichen Parteienkoalition wünschen. Wie hart diese Kräfte sind, und ob sie sich durchzusetzen vermögen, wird im nächsten Monat der Zentrumsparterie zeigen. Einweilen werden diejenigen Parteien des vreußischen Landtages, die für ein gesundes, christliches parlamentarisches System in Preußen kämpfen, in der nächsten Opposition bleiben und ihren Kampf gegen die derzeitige Minderheitsregierung fortsetzen müssen, bis das Zentrum, das die Notwendigkeit einer Regierungsumbildung in Preußen zugegeben hat, die entsprechenden Folgerungen aus dieser Einsicht zieht."

Das ist deutlich und klar gesprochen. Die Sozialdemokratie muß ausgeschifft werden. Wir brauchen sie jetzt nicht mehr, sagt die Schwerindustrie. Wir brauchen den Bürgerblock wie im Reich. "Die große inner- und außenpolitische Arbeit, das heißt unsere Kapitulation in Locarno, unsere politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der Entente zwingen uns zu einem stärkeren Kurs in Preußen. Nur eine starke Regierung der bürgerlichen Vorkämpfer kann diese große Aufgabe lösen. Wir verstehen die Gründe für die überhandnehmende Einsicht des Zentrums, aber diese Gründe dürfen nicht als Schlagbeleg sein."

Hoffentlich lernen die Arbeiter, eine ebenso klare Sprache zu sprechen und sich ebenso fest und einheitlich zusammenzuschließen zum Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Parteien.

Sechzehn Berliner Arbeiter vom Staatsgerichtshof verurteilt!

Leipzig, 27. Oktober.
Im Prozeß gegen die 16 Berliner Arbeiter vor dem Staatsgerichtshof wurde gestern das Urteil gefällt. 11 Genossen wurden insgesamt zu 5 Jahren Zuchthaus und 24 Jahren Gefängnis verurteilt, 5 Genossen werden amnestiert. Nach der Urteilsbegründung hat sich das Gericht der standalösen Beweisführung des Reichsanwalts, durch Richterjurysungen und unkontrollierte, bei den Angeklagten nicht beschlagahmte Schriftsätze, angeschlossen. Der Vorsitzende Lorenz führte aus, daß die Kommunistische Partei den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Rätediktatur erstrebe. Das gehe aus den Beschlüssen des Frankfurter Parteitag hervor. Daher handle es sich nicht nur um theoretische Meinungen, sondern um die Aufforderung zur militärischen Organisation der Revolution. Die Versammlung der Angeklagten in dem Lokal bei Weich im Oktober 1924 habe diesem Zweck gedient. Dem Bestreben der Angeklagten habe man keinen Glauben beigemessen. Es sei nicht glaublich, daß die militärischen Vorbereitungen der Kommunisten zur Abwehr der Faschisten betrieben worden seien (!).

Die Presse zum Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen

(Eig. Drahtber.) Berlin, 27. Oktober.
Am meisten lobt die deutschnationale Presse über den Wahlerfolg der Kommunisten. Die "Deutsche Tageszeitung" schreibt: Den Erfolg haben die Kommunisten zu buchen, die als einzige größere Partei einen absoluten Stimmengewinn gegenüber dem 7. Dezember zu verzeichnen haben. Ihre Mandate im Stadtparlament aber auf rund die doppelte Zahl erhöhen. Hier spielt wohl die gedrückte Wirtschaftslage eine Rolle, aber hier kommt doch auch zum Ausdruck, daß Locarno keine Schatten auf den gestrigen Berliner Wahlerfolg geworfen hat. Locarno ist offenbar noch eine besondere Ursache dafür, daß gerade zahlreiche nationale Wähler in Bewunderung und Enttäuschung zu Hause blieben, während auf der entgegengesetzten Seite die Kommunisten offensichtlich mit der vollen Parole der Sozialdemokratie den Rang abgelaufen haben.

Die "Deutsche Zeitung" schreibt: "Alle Parteien verloren, mitschuldig sind an Locarno und London, auch die Sozialdemokraten... und Sieger blieben die Kommunisten... Der rote Sieg ist ein Kommunistensieg."

Der deutschnationale "Hugenbergsche Totalanzeiger" hofft, daß es zu keinem Zusammengehen zwischen KPD und SPD kommen wird. "Es braucht vorerst nur daran erinnert zu werden, daß für den eben beendeten Wahlkampf nicht einmal zwischen ihnen eine Kollaboration zustande gekommen ist."

Ebenso rühmt die "Germania" damit, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht so einfach gestalten wird.

Auch die "Bf." hat Hoffnungen: "Man kann sich nicht recht denken, daß die Sozialdemokratie, die eben noch ein Wahlbündnis mit den Kommunisten auf das Entschiedenste abgelehnt und im Wahlkampf selbst gut abgegrenzt hat, sich bereitfinden wird, im neuen Stadtparlament ein "roter Block" zu bilden." Ebenfalls die "Bf.": "An der inneren Unmöglichkeit dieses Bündnis (SPD-KPD) wird die Koalition bald zerbrechen müssen."

Unter diesen Umständen hofft das "Bf.", daß "wechselläufige Mehrheiten... die Entscheidung treffen werden."

Am peinlichsten in dem "Bormwärts" die Arbeitermehrheit. Er schreibt: "Auf der anderen Seite steht eine unzugängliche Arbeitermajorität, deren Arbeitstätigkeit (!) als geschlossene einheitliche politische Macht leider bei dem Charakter des kommunistischen Partei vorläufig noch mehr als fraglich (!) ist... Der Bf.-Brief und ansehender Reichscharakter wird aber jeder in großen Fragezeichen (!) hinter die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der KPD, machen."

Schon die Verhandlungen über den neuen Berliner Stat werden die Probe aufs Exempel dafür sein, ob das Anwachsen der Arbeiterstimmen im Interesse der Arbeiterschaft auch wirklich ausgenutzt werden kann."

Der "Bormwärts" will also ansehend von der Billigung

des Stats, der die Zustimmung aller Parteien bis zur Deutschen Volkspartei findet, durch die Kommunisten sein Zusammengehen mit ihnen abhängig machen.

Arbeiter-Kämpfe

Die Ruhrbergarbeiter fordern 15 Proz. Lohnerhöhung (Eig. Drahtber.) Essen, 27. Oktober.
Bei den gestrigen Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau verlangten die Bergarbeiterverbände Lohnerhöhung um 15 %. Die Unternehmer erklärten unter keinen Umständen irgend eine Erhöhung bewilligen zu können. Die Bergarbeiterverbände werden nunmehr den Schlichter anrufen. Verhandlung voraussichtlich Donnerstag.

Strassenbahnerstreik in Rheinland-Westfalen

(Eig. Drahtber.) Dortmund, 28. Oktober.
Der Streik der Strassenbahner in den wichtigsten Städten des Rheinlandes hat an Ausdehnung zugenommen. Die ablehnende Haltung der Unternehmer gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter hat die Strassenbahn in Essen, Dortmund, Bochum, Stropfenberg und Buer veranlaßt, einmündig die Arbeit niederzuliegen. Die Unternehmer versuchen, von ausländischen Streikbrechern zu bekommen. Ihre Bemühungen sind bis jetzt gescheitert. Die streikende Arbeiterschaft besitzt die Sympathie aller Arbeiter. Der Kampf der Strassenbahner Rheinland-Westfalens wird jedoch nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn es gelingt, die übrigen Lohnbewegungen, die augenblicklich im Rheinland vorhanden sind, miteinander zu verbinden, um so eine geschlossene Front gegen die Unternehmer zu schaffen.

Die Bauarbeiter Dortmunds kampfbereit

Die Bauarbeiter Dortmunds nahmen in einer stark besuchten Versammlung zu dem Vorschlag der Bauunternehmer Stellung. In einer einstimmig angenommenen Resolution erheben sie schärfsten Protest gegen das Reichsarbeitsministerium, daß die Unternehmer in ihrem Kampf um die Herabsetzung der Abzahlung unterstützt. Sie verlangen im Anbetracht der Lage im Baugewerbe die sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz der Bauarbeiter für Rheinland-Westfalen, um gemeinsamen Maßnahmen zur Abwehr der Unternehmeroffensive zu treffen.

Ausperrung in der Lederindustrie

(Eig. Drahtber.) Arnstadt, 27. Oktober.
Bei den Verhandlungen über einen neuen Reichslohntarifvertrag der Handschuhmacher, lehnten die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung ab. Sie verlangten einen Lohnabbau. In Arnstadt (Schüringen) haben die Unternehmer nun alle Handschuhmacher ausgeperrt.

Streik im Berliner Kohlengroßhandel

Berlin, 26. Oktober.
Am 2. Oktober wurde im Berliner Kohlengroßhandel ein Schiedspruch gefällt, der eine Stundenlohnherabsetzung von 6 Pf. vorschlug. Die Unternehmer lehnten diesen Spruch ab. Die Arbeiter haben sich daher gezwungen, am 26. Oktober in Streik zu treten. Der Kampf wurde mit großer Geschlossenheit ausgenommen.

Caillaux über die Finanzkatastrophe Frankreichs

(Eig. Drahtber.) Paris, 27. Oktober.
Finanzminister Caillaux hat am Sonntag eine Rede gehalten, die die Regierungskrise verschärft. Nach Caillaux beläuft sich die innere Staatsschuld auf insgesamt 300 Milliarden Franken. Die Höhe der äußeren Schuld (Kriegsschuld gegenüber England und Amerika) sei dazuzurechnen, daß er sie gar nicht zu schätzen wage. Außerdem seien für den "Wiederaufbau" noch besonders 15-20 Milliarden Staatsausgaben für die kommenden Jahre anzuschlagen. Der Staat müsse also neue Anleihen aufnehmen. Amerika zwingt durch die Drohung einer Kreditstopper Frankreich zu seiner Politik der "Mäßigung und Vorsicht". Caillaux erklärte schroff, die vorgeschlagene zehnprozentige Kapitalsteuer (also die teilweise Tragung der Lasten durch die Kaufleute), sei nicht annehmbar. Der schwerindustrielle Loucheur wird wahrscheinlich mit Unterstützung der Sozialdemokraten das Finanzministerium übernehmen.

Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Ljitschkin
Erzählung aus Sibirien von Nestkritskan

"Nun zieh dich aus, einer Wohlgeborenen, Herr Offizier. Ein anderes Mal schicke dich nicht her, den Weibern zu Hilfe. Mich dich nicht in fremde Angelegenheiten."

"Halt!" jagte ich. "Lach sein, Bräderchen. Ich gehöre zu euch, aber brüllt nicht so laut. Ich bin nur verkleidet und kein weingardischer Ausländer..."

Die Keris wurden ruhig.
"Nanu! Der spricht in unsere Sprache! Was quatscht du da? Kein Offizier, sagst du? Ein Uhriger und redet französisch?"
"Du sagst, Bräderchen!"

"Halt! - wartet mal!" rief ein zweiter. "Vielleicht kommt es. Was die Putzfrauen ummüht verlocken? Führen wir ihn zu dem Matrosen. Der wird die Sache schon untersuchen!"

Als ich mit dem Matrosen, dem Führer der Partisanen, allein blieb, sagte ich zu ihm:
"Ich gebe Ihnen das Ehrenwort eines Revolutionärs, daß ich in einer überaus revolutionären Angelegenheit hier bin und meine Masterade unbedingt notwendig war."

"Gut denn, ich will Ihnen glauben, daß Sie ein verheerender Kommandant sind. Aber wie wollen Sie das beweisen? Nennen Sie in Laiginsk einen der Anführer?"

Ich blinnte ihm fest in die Augen und sagte langsam, jedes Wort betonend:
"Vielleicht einen der Vater?"

"Richtig! Bruder. Sie sind ein Rus... He, Genossen, wir sind einig. Geh zu dem Matrosen. Hab davon, was ihr hier gesehen und gehört, reinen Wein halten! Verzeihen? Kein einziger darf was erfahren. Nun, Genosse, womit kann ich dir helfen?"

"Wie viele Werts sind es bis Laiginsk?"
"Auf der Chaussee laigisch."
"Habt Ihr Revolver?"
"Für dich, Bräderchen, alles was du willst. Hab wenn es mein eigenes wäre..."

XXVII
Nach ein Bericht

Am Ende der Stadt Laiginsk, unweit des Sackganges,

hielt am frühen Morgen in einer einsamen Gasse ein gelbes Automobil. Es schien eine Panne zu haben. Einige Jungen, die herbei kamen waren, wurden vom Mechaniker und seinem Gefolge, die sich an der Maschine zu schaffen machten, so energisch verjagt, daß sie auseinanderliefen und sich nicht mehr in die Nähe wagten.

Arzte Zeit darauf kam ein anderes, offenes Militärauto in laender Fahrt aus der Stadt. Außer dem Chauffeur sah noch ein Reiter darin, einem Anseine nach ein Militär...

An dem Auto mit der Panne hielten die Chauffeure, wie es schien, die Ursache der Störung gefunden, denn der Motor zog an, jauchte und jillerte. Die Chauffeure sprangen schnell auf ihre Sitze, das Auto setzte sich in Bewegung und sauste mit klingender Geschwindigkeit ebenfalls aus der Stadt hinaus, dem offenen Wagen nach...

Am Weichenstein Nummer ein fünf das Militärauto an zu hactern, verlangte die Fahrt, machte einige anstrengende Bewegungen, weiterzukommen und blieb dann ganz stehen...

"Was ist denn geschehen?"
"Das weiß ich noch nicht, Euer Hochwohlgeboren. Ich werde gleich nachsehen."

Der Chauffeur, ein Soldat, sprang vom Steuerfisch und bengte sich zum Motor.
"Wird es lange dauern?"
"Sofort, Euer Hochwohlgeboren!"

"Künnell, mein Lieber. Wenn du schnell fertig bist, bekommst du ein gutes Trinkgeld."
Von hinten hörte man eine Hepe. Es raste ein Auto heran.

Der Offizier erhob sich im Militärauto und hob beide Arme in die Höhe. Das internationale Automobilzeichen. Halt! In Hilfe!

Das zweite, geschlossene Automobil fuhr nahe an das erste heran.
"Meine Herren, darf ich Sie bitten, meinem Chauffeur beistehen zu sein?"

"Mit Vergnügen. Gleich werden wir die Sache haben."
Dem geschlossenen Automobil entgegen zwei Mechaniker. Sie traten zum Chauffeur und...
Ehe sich der Offizier verabschiedete, hatten ihn von hinten drei Unbekannte erschrien.

"Was tut ihr? Was wagt ihr? Wagt ihr denn nicht,

wer ich bin", brüllte er und versuchte, einen Browning hervor zuziehen. Aber es war zu spät.

"Was wir tun? Wir helfen! Ohne Spaß! Und wer Sie sind, wissen wir sehr gut!"

Als die zwei Mechaniker des geschlossenen Wagens den Chauffeur des Militärautos festhatten, murmelte er:
"Ha, ihr Teufel, strengt euch nur nicht allzusehr an. Geh! ja verdammt! Scharf ins Zeug!"

"Lach gut sein, Genosse. Halt aus! Morgen kommst du nach Hause fahren, ins Gouvernemeint Drel, Bruder. Hier, eine Zigarette! Rauch dir eins."

"Grinst nicht, Kerl! Bindet mich wieder los! Der Furcht ist ja schon erledigt!"

Die anderen hatten den Offizier tatsächlich inzwischen erledigt, ihn entleidet und ihm eine Art Kettel übergeworfen und in das geschlossene Auto verpackt...

Eine Stunde darauf flog von der Station Laustaja, vom Flugplatz das beste Flugzeug ab. Neben dem Piloten befand sich in der Kabine noch eine Person. Augencheinlich der Beobachter...

Der Chauffeur Mitjucha, der den Offizier hergebracht hatte, ließ das Auto auf dem Hofe stehen und suchte seinen Landsmann und langjährigen Freund Sajatla Bespa. auf.

"Nun, Sajatla, leb wohl! Wen soll ich im Dorfe von dir grüßen?"
"Was willst du, Bursche?"

"Heute noch, Bruder, übergebe ich das Auto und fahre heidi, ins Dillowsche! Sagt euch hier allein die Knochen kaputt. Habe von den Offizieren genug hinuntergeschluden müssen! Ich fahre ins Rußland der Arbeiter und Bauern... Leb wohl, Bruder!"

XXVIII
"Catharius Benewolenski"

Gegen zwei Uhr hielt vor dem städtischen Krankenhaus für Geistesranke ein einfacher, mit zwei Pferden bespannter Bauernwagen.
Auf dem Wagen saßen vier Menschen. Der eine, ein Greis - sein ehrwürdig weißer Bart verriet scheinbar einem Waldmännchen oder Geistlichen - ging ins Büro des Krankenhauses und fragte nach dem Oberarzt.
(Fortsetzung folgt.)

Coolidge, Chamberlain und Locarno

Harte Tatsachen und tatsächliche Gesellen . . .

Am Wochenschluß waren die folgenden Tatsachen zu verzeichnen:

Erstens: Der Präsident der National City Bank in New York, Charles Mitchell, erklärte nach einer Unterredung mit dem Staatspräsidenten Coolidge, daß die Wall Street (d. h. die Reibung des amerikanischen Finanzkapitals) fremde Staaten nicht finanzieren werde, deren Verhalten bei der Regierung in Washington Mißfallen erregt.

Die Oktober-Erklärung dieses amerikanischen Bankpräsidenten wiederholt und unterstreicht nur die Londoner Rede des amerikanischen Botschafters Houghton, wonach die Washingtoner Regierung als politische Verhinderung Besatz gab, im Interesse des reibungslosen Einbringens des amerikanischen Kapitals in Europa — vor allem in Deutschland — den Elchertspalt abzuschließen. Keine Kostprobe gab die imperialistische Spalte macht dieser Tage, als sie wegen der Kontingenz der französischen Regierung in der Frage der Schuldenregulierung den Franzosen und wegen entsprechenden Aufbegehrens der französischen Presse ebenso die italienische Ultra-ethische Stufen weiter stürzte. Die Mitchell-Erklärung war allgemein an die Regierungen Europas, an die Macher des Locarno-Vertrages, gerichtet.

Zweitens: Unmittelbar darauf gab Chamberlain für die Londoner Regierung eine Erklärung ab, in der er üblicher Form sühnungsreicher Friedensbetuerungen („neues Europa“ — „es gibt keine Alternative mehr“) die Verbreitung des englischen Kommissars vor dem internationalen Geschäftsausschuss der Welt-Finanz an die Adresse Coolidge-Mitchell beteuert wurde. Die Erklärung gipfelte aber in dem scharfen Satz: Die festsitzende Nation, die nicht den Vertrag von Locarno betreten würde, würde sich den Fluch aller übrigen Völker zuziehen. Die Chamberlain-Erklärung ging also direkt an die Adresse der deutschen Hindenburg-Regierung und der Hindenburg-Partei.

Drittens: Das englische Reuter-Büro meldete am Sonnabend aus Köln, die englische Besatzungsarmee am Rhein habe Befehl erhalten, nach Wiesbaden abzurücken. Soll also die schon auf der Londoner Konferenz versprochene „Räumung der Kölner Zone“ jetzt Wirklichkeit werden, so wäre diese Tatsache unabweisbar die geringste, läppischste, billigste Sache von der Welt. Realpolitisch kostet sie den englischen und französischen Imperialisten nichts — realpolitisch ist ihr Wert für die Bevölkerung Deutschlands gleich Null, da zum Austausch das ganze Territorium Deutschlands durch den Pakt von Locarno in eine einzige „Kölner Zone“, ja in zwei Schlimmeres, verwandelt werden soll. Der Abmarsch der Tommy-Soldaten von Köln nach Wiesbaden ist an sich eine Geste, keine Sache von realem Gewicht. Eine Seifenblase von Locarno — nichts weiter.

Viertens: Jetzt lassen die Deutschnationalen den bekannten Beschluß: „Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar“.

Diese vierte Tatsache spiegelt die amerikanisch-englischen Tatsachen wider — obwohl immerpolitisch gebrochen, „vertehrt“. Der Beschluß scheint eine Meuterei der Deutschnationalen gegen Coolidge-Chamberlain zu sein — in Wirklichkeit steht dahinter die Meuterei kleinbürgerlicher Massen gegen die Deutschnationalen. Das „Unannehmbar“ respektiert die kleinbürgerliche Sehnsucht nach einem „Einklein-Red-Dich“, das die deutschnationalen Gaukler aber nicht einmal ideal, in der Phantasmagorie, beibringen können. Dies deutschnationale „Unannehmbar“ und jene Räumung von Köln — beides sind tatsächliche Gesellen, daher kann die eine die andere — die Räumung Kölns das deutschnationale „Unannehmbar“ — schon morgen oder übermorgen aufheben.

Der vorläufige deutschnationale Beschluß beintete (o diese spitzbübischen Wöfeln!), daß nur das „nunmehrige“ Ergebnis von Locarno für sie ein „Unannehmbar“ bedeute. Wird also das Ergebnis von Locarno durch die Räumung Kölns und vielleicht noch eine englisch-französische „Zugabe“ dergestalt mit einer schwarz-weiß-coten Brille überzogen sein, daß nach deutschnationaler Gutachten der ganze Locarno-Brocken durch die Kleinbürgermassen besser geschluckt werden kann, so wird dann mit dem „nunmehr“ auch das „Unannehmbar“ überholt, veraltet, dahinten gelassen sein.

Die Deutschnationalen „Ritter“, die vom Landbund zumal, sind zu der Zirkusvolke des „Unannehmbar“ gezwungen, weil der Reiter sich auf dem Rücken des Kleinbürgerlichen lieben Pferdchens — des revolutionären Pferdchens — im Sattel zu halten trachten muß. Die Lebensinteressen dieser Masse von kleinen Leuten sind den Ausbeuterinteressen der deutschnationalen Barockkutsche entgegengekehrt.

Die letzte Notwendigkeit des deutschnationalen „Unannehmbar“ aber wird durch die erste und zweite der vorangestellten Tatsachen verdeutlicht: das „Sehnmis“ des endgültigen „redlichen“ „Unannehmbar“ liegt in den — Krediten des amerikanischen Finanzkapitals. Der Chamberlainische „Fluch der übrigen Völker“ bestünde in der amerikanischen Kreditperre und damit in der ökonomischen Katastrophe der jüdischen und industriellen Ausbeuter. Nicht nur große Teile der Industrie, sondern bereits auch solche der Agrarwirtschaft sind — trotz der Fülle — von der Krise erfaßt. Der Dawes-Zwang ist auch der Locarno-Zwang. Daher wird auch der neueste deutschnationale Satz enden wie der alte Dawes-Satz: mit der Zustimmung zum Pakt von Locarno. „Gott will es“ — aber dieser Gott wohnt im Allerheiligsten der amerikanischen Kassenkräfte.

Wie behandelt man in Forth-Hungarn die politischen Ge'angenen?

Unsere Gewissen und Gewissamen lesen täglich in den Zeitungen von den fürchterlichen Folterungen, denen gewisse Katofi und seine Genossen ausgesetzt sind; täglich werden diese Berichte von den offiziellen Stellen in Budapest als lächerlich und böswillige Verleumdungen hingestellt. Wir bringen eine Bericht in Erinnerung, den eine englische Delegation unter Führung des Obersten Wedgwood — beiseite keine bolschewistische — nach dem Sturze der ungarischen Räteherrschaft verfaßt hat und der uns das fürchterliche Schicksal einer Frau schildert, die nur die Schwägerin eines Volkskommissars war, die Folterungen der Frau Hamburger.

In Kelenföld sperrte man sie alle in ein Zimmer, am Abend jedoch wurde Frau Hamburger in ein anderes Zimmer gebracht, wo viele Offiziere waren, unter ihnen die Leutnants Hejjas, Bibo und Sefesil. Sie kennt ihre Namen, da Leutnant Hejjas ihr mitteilte, daß er wünsche, sie solle wissen, daß sie in den Händen des Leutnants Hejjas sei. Er fragte sie, ob sie wisse, wer Leutnant Hejjas wäre, und fügte hinzu: „Sie solle ihn kennen lernen“. Bibo und Sefesil wurden ihr später gezeigt als sie sich im Kasernengefängnis befand. Drei der Offiziere, die Befehle bei sich hatten, prügelten Frau Hamburger und befahlen ihr, sich zu entkleiden. Sie weigerte sich, worauf sie wieder und wieder gepeinigt wurde, bis sie endlich nachgab und sich entkleidete. Als

sie nackt war, wurde sie wieder geschlagen; dann wurde ein Befehl gegeben, daß man einen der vier Gefangenen heraufbringen sollte, doch es sollte kein Verwandter der Frau Hamburger sein. Man brachte Bela Neumann. Es wurde ihm befohlen, Frau Hamburger zu vergewaltigen. Er weigerte sich und Berufung darauf, daß er ein alter Freund von Herrn und Frau Hamburger sei. Sie schlugen ihn erbarmungslos, doch er weigerte sich noch immer. Da nahmen zwei Offiziere, deren Namen unbekannt sind, doch die aus Temesvar kamen, Zangen und rissen Neumann die Zähne aus. Er wurde ohnmächtig, und sie begossen ihn mit Wasser. Als er zu sich kam, wurde er gezwungen, sein eigenes Blut aufzutrinken. Frau Hamburger wurde zwei oder dreimal ohnmächtig, doch wurde sie jedesmal durch kalte Wassergüsse zum Bewußtsein gebracht. Sie sagt, die Offiziere seien nicht betrunken gewesen.

Endlich wurde Neumann vor den Augen der Frau Hamburger mit einem Taschenmesser kastriert und dann weggetragen. Dann holte man einen anderen Mann herauf (nicht einen der drei Freunde). Sie entkleideten ihn, und Frau Hamburger bemerkte, daß er mißhandelt und eines seiner Geschlechtsorgane auf irgendeine Art zermalmte worden war. Auch ihm befohlen man, sie zu vergewaltigen. Er war physisch unfähig, es zu tun, aber die Offiziere zwangen ihn, Versuche zu machen. Dann befohlen sie Frau Hamburger, sich nackt auf den heißen Ofen zu setzen, aber sie flehte so verzweifelt, daß sie nicht darauf bestand. Sie hatte sich gerade von ihrer monatlichen Menstruation noch nicht ganz erholt. Trotzdem steckten die Offiziere ein Temesvarer gewaltsam ihre Beine auseinander und der eine, der Neumann kastriert hatte, führte den Griff seines Weiffels in den Körper ein und drehte ihn so, daß sie noch immer an häufigen Blutungen litt.

Daraufhin wurde ihr befohlen, sich anzukleiden, und man brachte sie zu den anderen dreien zurück. Etwa eine Stunde später führte man sie in einen anderen Raum, wo sich die Offiziere und eine große Anzahl von Soldaten befanden. Vor dieser Menge wurde sie wieder gepeinigt und gezwungen, sich zu entkleiden. Während die Soldaten saßen, wurde sie unter Peitschenschlägen gezwungen, abwechselnd mit Soldaten zu tanzen. Keiner der Soldaten benahm sich ihr gegenüber zöhl. Der Tanz dauerte etwa eine Stunde und dann wurde ihr gestattet, sich wieder anzukleiden.

Sie blieb bis zum 19. April im Gefängnis. Auf ihrem Abgangszettel, den wir gesehen haben, wird Frau Hamburger „bolschewistischer Umtriebe“ beschuldigt.

Wie man in Rußland verwahrloste Kinder bessert

Von Dr. Martha Ruben-Wolff.

Mit großer Verwunderung bemerkten wir, daß sich auf den Hauptverkehrsstraßen in Moskau, wo doch die Fürsorge für Mutter und Kind einen beispiellosen Höhepunkt erreicht hat, eine Anzahl Bettelkinder herumtreibt. Zerlumpte, kleine Gestalten mit intelligenten Gesichtern, auf Betteln, Raschen und Stehern erpicht: woher kommen sie?

Meist sind es Kinder ohne Eltern oder Angehörige. Viele können weder Namen noch Heimat angeben. Die Aelteren sind im Krieg oder in der Revolution oder im Bürgerkrieg dahingerafft oder vielleicht im Hungerjahre umgekommen. Die Kinder sind in einem oder abgetrennt, vor dem Wasserlauf oder der Bahnlinie folgend, in die Großstadt. Nur haben sie sich an das Straßenleben gewöhnt und fühlten sich bei der ihnen natürlich erscheinenden Lebensweise ganz wohl.

Eines Abends, als wir in einem Wartehäuschen der Gleistriche saßen, dem Lieblingsaufenthalt der jugendlichen Bettler,

sagte neben mir eine weibliche Stimme: „Doch! Wie ein auf Ihre Hand!“. Dann fuhr die sehr sympathisch aussehende junge Frau fort: „Ich bin nämlich Lehrerin. Ich arbeite hauptsächlich mit diesen Straßenkindern. Es ist eine prächtige Arbeit. Diese Kinder haben eigene Häuser zum Schlafen. Sie sind glücklicherweise nur noch ein kleiner Rest in Moskau, aber früher waren es sehr viele. Das war eine sehr schwere Aufgabe für die Regierung. Die Kinder waren jahrelang an ein freies selbständiges Leben gewöhnt. Wir versuchten es zuerst mit Gewalt, mit Zwangsmahregeln, mit Verhaftung der Bettler, mit Einsperrung. Das war ganz verkehrt. Satten wir hunderttausend gefangen, so waren am nächsten Morgen neunzig verstorben.“

Jetzt lassen wir sie in Freiheit herumlaufen. Aber die Monier-Gruppe (Kinder-Organisation der Kommunistischen Partei) hat neuerdings die Vaterkaste über einige Straßenkinder übernommen. Die Moniere laden die armen Geschöpfe zu sich ein, bewirten sie und machen ihnen Geschenke. Sie wandern alle zusammen und singen. Das tut den armen Verfallenen wohl. Sie freuen sich auf die Tage, wo sie mit den Monieren spielen dürfen. Es dämmert ihnen langsam ein Verständnis für ihre trostlose Lage. Dann möhen sie mehr mit den Monieren zusammen sein, bei ihnen wohnen, auch in die Schule gehen. Und dann sind sie gerettet und oft die begabtesten Schüler. Ein Teil dieser Kinder haben wir aufs Land gegeben. Unvernünftige werden zunächst herausgeführt, Kranke ausbittet.“

Da kam leider unsere Gesellschaft. Im Wegfahren gedachten wir schweren Herzens der Fürsorgeämter in den besten Bessungsanstalten. Durch Mißhandlung und Unterdrückung werden sie erst gewaltsam der menschlichen Gesellschaft entfremdet.

Und hier in dem neuen Rußland mit zarte Christen vor jedem jungen Geschlecht. Und ein leises, behutsames Umfassen der Entwurzelten, damit sie zu freien Mitgliefern des proletarischen Staates aufblühen können.

Die Lage in Marokko

Abd el Krim nach Tanger abgereist

Maris, 26. Oktober.

Abd el Krim soll in Begleitung von zwei Europäern und mehreren Eingeborenen nach Tanger abgereist sein. Es wird angenommen, daß es sich um Besprechungen über die Friedensbedingungen handelt.

Neue Angriffe

Maris, 26. Oktober.

Nach dem amtlichen spanischen Heeresbericht wurden die Rifabteilungen im Frontabschnitt von Wschite, nachdem sie beständig angegriffen hatten, mit schweren Verlusten zurückgeworfen. Drei spanische Artillerieschiffe haben in den Kampf eingegriffen.

Javas berichtet aus Rabat, die Rifleute haben nördlich vom Wed-Mahab Verstärkungen zusammengezogen und dem Vormarsch einer hier vorrückenden französischen Division heftigsten Widerstand geleistet.

Rampffront der englischen Gewerkschaften

London, 26. Oktober.

Die Gewerkschaft der Verkehrsarbeiter hat beschlossen, der neuen Allianz beizutreten, die von den Grubenarbeitern vorgeschlagen worden ist. Diese Allianz umfaßt jetzt 1 152 000 Arbeiter, nämlich 800 000 Grubenarbeiter, 290 000 Verkehrsarbeiter und 62 000 Lokomotivführer. Es steht noch der Abschluß von mehreren anderen Gewerkschaften bevor, die zusammen 1 480 000 Mitglieder haben.

Der Liquidator Schoenlant

Von Graf Meyer.

Um unierem Genossen Material zu dem in der Sonntagsnummer mitgeteilten Ausschluß von Reinhold Schoenlant-Halle zu geben, haben wir gestern den programmatischen Artikel Schoenlants veröffentlicht. Aus technischen Gründen blieben leider eine Nachbemerkung der Redaktion und der folgende Entgegnungsartikel fort. Aber unier Genossen werden jedenfalls schon selber den Liquidatorischen und kommunistischen und offen antisöhschewistischen Charakter der Schoenlant'schen Auffassungen erkannt haben. (Die Redaktion.)

Die Gröfsmut der Paradediskussion, die zur Ueberwindung der von den Gruppen Schoenlant und Maximo geäußerten links-liquidatorischen und falschen Auffassungen nötig ist, hat auch den Vorteil, daß sie rechtsliquidatorische Verdägen ans Tageslicht bringt und dadurch der Partei die Möglichkeit gibt, diese Gefahren von vornherein mit aller Energie zu bekämpfen.

Reinhold Schoenlant, der im halleischen „Klassenkampf“ nichts weniger als die obllige Aufgabe der kommunistischen Partei verlagert, ist nichts anderes als ein Agent der SPD — innerhalb unserer eigenen Reihen. Wir glauben, die Anhänger der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft vom Jahre 1921 reiflos beteiligt zu haben, jetzt tritt aber noch ein einzelner und verpöhter Nachschre Paul Denis auf. Es ist selbstverständlich, daß die Partei solche Elemente genau so behandeln muß, wie sie Paul Denis behandelt hat. Und gerade die „rechtsten Genossen“, wie ich und meine Freunde vielfach genannt werden, werden bei dieser notwendigen Operation genau so nachsichtlos auftreten, wie wir es bei der Liquidierung der Denis-Krise getan haben.

Schoenlant, der offenbar auch schon organisatorisch an Paul Denis gebunden ist, leugnet die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei für die Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit. Er behauptet, daß die Spaltung der USPD in Halle ein nicht wieder gutzumachender politischer Fehler war und fordert statt der selbständigen KPD die Schaffung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung. Unter dem linken Flügel versteht er nicht die Herausbildung eines linken Gewerkschaftsopposition, denn unter der Formel „Wiederherstellung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit“ fordert Schoenlant auch die Liquidierung der kommunistischen Gewerkschaftspolitik. Die Schaffung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung ist im Munde Schoenlants nichts anderes als der Zusammenfluß der KPD mit dem jüdischen Götze der Welt, dem linken SPD, auf dem Boden der USPD, d. h. die Auflösung der KPD und ihr Eintritt in die USPD.

Schoenlant sieht nicht die Heilung der Fehler der Vergangenheit in einer festen kommunistischen Politik, sondern in der Preisgabe jeder kommunistischen Politik. Er vertritt deshalb auch die ganze Vergangenheit der kommunistischen Partei vom

Lage ihrer Gründung an. Wenn die Spaltung in Halle ein Fehler war, so folgt daraus selbstverständlich, daß auch die Spaltung der USPD in Berlin durch die Gründung der KPD (Spezialabteilung) im Dezember 1918 verfehlt war. Wenn es die Aufgabe der Marxisten ist, wieder Unterschlupf in der USPD zu finden, dann war selbstverständlich sogar die Spaltung der USPD von der SPD während des Krieges ein unvermeidlicher Irrtum. Schoenlant macht daher erst gar nicht den Umweg Denis über die USPD, sondern marschiert direkt in die SPD.

Ebenso wie Schoenlant die Notwendigkeit einer selbständigen kommunistischen Partei verneint, verneint er natürlich auch die Notwendigkeit der 3. Internationale. Vor einiger Zeit hat Schoenlant in einer Parteiverammlung die Sentenzen der Juniusbrochure gegen die Komintern auszuspielen versucht. Ich bin ihm darauf im „Klassenkampf“ vom 24. September in dem Artikel „Lenin oder Luxemburg?“ sofort entgegengetreten. Aber Schoenlant vertritt ja gar nicht die durch die Erfahrungen der revolutionären Arbeiterkassen zu ergänzenden Auffassungen Rosa Luxemburgs vom Jahre 1916 über den Aufbau der 3. Internationale.

Schoenlant übernimmt vielmehr mit seiner Polemik gegen die Befehlshaber des Exekutivkomitees von oben vielmehr den Standpunkt Ledeburs und Adolf Hoffmanns, die in einem Flugblatt vom Frühjahr 1917 dem Spartakusbund vorwarfen, er wolle „einen kommandierenden Generalstab der Scharen des internationalen Proletariats“ an Stelle eines vermittelnden internationalen Büros einsehen und damit „alle Nachteile der Schöpfung und Bürokratisierung, die erfahrungsgemäß schon im zentralen Landesvorstand anhaften, vervielfältigen“. Rosa Luxemburg hat in einer bisher unbekanntem Brochure „Entweder oder?“ (von mir veröffentlicht in Heft 9 der „Kommunistischen Internationale“) darauf geantwortet, daß die folgende sozialistische Zusammenfassung völlig unabhängiger Arbeiterparteien die größte Gefahr für den internationalen Sozialismus bedeutet. Und sie erklärte, daß in der Forderung der internationalen Organisation gerade der Knotenpunkt der ganzen Situation, die Gefahr der Arbeiterbewegung einzufallen, sei. Schoenlant will nicht zurück zu Rosa Luxemburg, sondern zurück zur 2. Internationale, zur USPD.

Die Parteimitgliedschaft wird deshalb überall mit Gewaltung die sozialdemokratischen Auffassungen von Schoenlant zurückgewiesen. Aber sie wird sich keinesfalls von Schoenlant von neuem in das Lager der Ultralinken treiben lassen. Schon jetzt wie die KPD, sich durch Denis Auftreten nach der Märzaktion das Feindeswort von Lenin, wie Schoenlant behauptet, für vollkommen richtig erklärt wurde) in und nach Wien auf dem Kampf „Moskows gegen den 3. Weltkongreß festlegen ließ, dementsprechend wird auch jetzt die deutsche Partei sich durch Schoenlant einem Vortritt mit den Ultralinken verweigern lassen.

Wir sind überzeugt, daß der Artikel Schoenlants von vornherein zu sozialdemokratischen Zwecken geschrieben, auf kommunistische Arbeiter keinen Eindruck machen wird.

Lokales

An dieellen und Distrikte Breslaus!

Genossen! Die Funktionärskonferenz am Mittwoch muß aus wichtigen Gründen verschoben werden. Da am Sonntag die Parteiarbeiterkonferenz stattfinden wird, wird die Funktionärskonferenz am Mittwoch in acht Tagen zusammengetreten.

Die Bezirksleitung.

Die SPD. für Kriegerdenkmäler

Im „Proletarier“, dem sozialdemokratischen Organ für das Langenbielauer Gegendgebiet, lesen wir in einer Notiz vom 24. Oktober d. J.:

Sch. Begründ. Denkmalsweiche. Nach verschiedenen vergeblichen Bemühungen während den Inflationen Jahren ist es doch jetzt gelungen, auch in unserem kleinen Orte ein Ehrenmal für unsere im Weltkrieg gefallenen Brüder und Kameraden (und es doch 42 an der Zahl) zu errichten. Die Arbeiter des Ortes der verschiedenen Betrübe haben es in selbstloser Weise ohne Entgelt in den Feiertagen fertiggestellt. Die wenigen Besten, welche über Verbeugung verfügen, haben die Führer dazu geleitet. Die Einweihung desselben findet nun Sonntag, den 1. November d. J. statt. Am selben Abend findet noch eine Theateraufführung des Arbeiter-Theatervereins statt. Der Ueberblick davon ist noch für die sonstigen, nicht unbeträchtlichen Unkosten bestimmt.

*

Die werktätige Bevölkerung in Schobergründ leidet wie überall bitterste Not. Die Kriegsinvaliden werden mit kleinen Beihilfen abgeholfen. Witwen und Waisen hungern.

Die SPD. aber fordert ihre Mitglieder auf, nachschaffender Arbeitszeit ein Kriegerdenkmal zu bauen und Scheut sich nicht, diese Schande noch in ihrem Parteiblatt bekannt zu machen.

Natürlich geschah der Denkmalsbau und Denkmalsweihung im Zeichen der „Volksgemeinschaft“. Ausbeuter und Arbeiter waren bei dem patriotischen Akt vereint. Die Unternehmer gaben die Führen, die Arbeiter gaben durch SPD-Parole ihre Arbeitskraft, der Segen gab der Pfaffe. Es ist nicht das erstemal, daß die SPD. im Langenbielauer Gebiet Denkmäler errichten hilft.

In Langenbielau selbst wurde das große Kriegerdenkmal mit Hilfe der SPD-Stadtverordneten gebaut. Die „Denkmalsweihung“ in Schobergrund beweist, daß die SPD. weiter auf diesem Wege fortfahren will.

Arbeiter, Angestellte, Kriegsinvaliden, die ihr der SPD. noch nachlaufen, erkennt ihr immer noch nicht den bürgerlichen Charakter dieser „Arbeiterpartei“?

Geht ihr am 29. November bei den Provinzial- und Kreiswahlen die Antwort.

Schlichtungsverfahren im Bankgewerbe

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, wird das Schlichtungsverfahren für das Deutsche Bankgewerbe voraussichtlich am 3. November d. J. stattfinden. Es steht noch nicht fest, wem der Reichsarbeitsminister die Schlichtung dieser Tarifstreitigkeit übertragen wird.

Proletarischer Abend der Roten Hilfe. Am 13. November, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe der Roten Hilfe Breslau in den Hubertuskäfen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32, ihren ersten proletarischen Abend. Neben Rezitationen und Gesangsbeiträgen wird ein revolutionäres Theaterstück gegeben. Eintrittskarten, die inkl. Steuer 50 Pf. kosten, sind durch die Funktionäre der Roten Hilfe, durch die Buchhandlung Trebnitzer Straße 50 und im Rote-Hilfe-Büro, Am Rathaus 7, zu beziehen.

Stadttheater

Hoffmanns Erzählungen

Die Romantik kommt einem Zeitbedürfnis entgegen. So werden denn auch romantische Opern auf ein ständiges beifälliges Publikum, vor allem aus dem Mittelstande, rechnen können, selbst wenn sie so wenig bringen wie Hoffmanns Erzählungen. Die Tragödie eines Jünglings, der in seinen Liebeserlebnissen von einem bösen Dämon verfolgt wird, der sich in verschiedenen Gestalten verkörpert, geht in ihrer Lösung nicht über das phantastisch-Bürgerliche hinaus. Die Musik von Offenbach mit ihren sinnlich reizenden Melodien, von denen die Baccarole ja bekannt ist, paßt gut zu diesem Thema. Sie fällt nie unter die Ausdruckslosigkeit, es bleibt aber stets dasselbe in der bis an die Grenze der Ermüdung gehenden Wiederholung der Stimmungen. Der Arbeiterkampf tut anderes not, sie ringt sich langsam aus dem Einzelisidial zum heroischen, führen Massenschilderung. Nicht sinnlich erschaffende, sondern kraftvolle, aufweckende Musik brauchen wir.

Gesanglich sowie darstellerisch wurde sehr Gutes geleistet. Josef Witt als Hoffmann zeigte sowohl in dem Lied von Jach wie in dem Duett mit Antonia, daß er nicht nur den lyrischen Gesang beherrscht, sondern auch den humorvollen Ton glänzend zu treffen versteht. Karl Aug. Neumann brachte in den verschiedenen Rollen des Stadtrat Lindorf, Coppelius, Papertutto und Doktor Mikael, die dämonische Kraft, die stets auf Böses trachtet, zu eindrucksvoller Wirkung, die den Hörer in seinen Bann zog. Alice Jansen sang die schwierige Arie der Olympia mit viel Reiz und natürlicher Leichtigkeit. Die Giselletta der Frau Marga Dannenberg war wieder ein Beweis des Könnens der großen Künstlerin. Die Rolle der Antonia im dritten Bilde freierte Gertrud Wiegner mit lieblicher Annuit der Gestaltung und inniger, besetzter Tongabe. Die Damen Heß, Rapoport, Strauß, Georgierja, wie die Herren Keller, Glas und manch anderer trugen ebenfalls zum Gelingen des Ganzen bei.

Ufa-Theater. Der Farmer von Texas. Ein neuer Ufa-Film. Nichts von Chatterband oder Wüstenbau, trotzdem Geist

Für die sozialdemokratischen Arbeiter zum Nachdenken

Die SPD.-Korruption in Striegau

Wie aus der „Bergwacht“ vom Sonnabend, den 24. Oktober ersichtlich ist, hat ein städtischer Beamter in Striegau Unterschlagungen begangen. Leider hat die „Bergwacht“ vergessen zu schreiben, daß der Beamte ein sozialdemokratischer Stadtverordneter ist, und nur, weil er ein guter Sozialdemokrat war, auf diesen Posten gelangen konnte.

Wir glauben es der korruptesten SPD. ja sehr gern, daß es unangenehm ist, wenn in einer verhältnismäßig kurzen Zeit die ganze Oberbeule pläht. Dazu noch jetzt wieder vor den Wahlen.

Wir wollen uns aber einmal mit der Arbeiterbewegung in Striegau etwas beschäftigen, um der Striegauer sozialdemokratischen Arbeiterchaft zu zeigen, wohin sie von ihren bedürftigen Führern geführt worden ist.

Wenn wir einen kurzen historischen Rückblick in die Vorkriegszeit tun, so muß jeder eheliche Mensch zugeben, daß wir in Striegau eine wirklich gut revolutionäre Arbeiterbewegung hatten. Dem alten Genossen Baudach, den man ohne weiteres als Pionier der Striegauer Arbeiterbewegung ansprechen muß, war es gelungen, den besten Teil der Striegauer Arbeiterchaft um das rote Banner zu sammeln. Mit welcher Aufopferung diese kleine Schaar immer und immer wieder versuchte, den Gedanken des Sozialismus in die Köpfe der Striegauer Arbeiter zu tragen, geht daraus hervor, daß es ihnen gelungen war, trotz der Schikanen der Polizei, insolge des Sozialistengesetzes, einen guten Stamm Revolutionäre heranzubilden. Bei jeder Gelegenheit verführten diese Männer, das Banner der Revolution irgendwo aufzupflanzen. Unter welchen schwierigen Situationen es ihnen überhaupt möglich war, immer wieder der Polizei und ihren Spionen ein Schnitzchen zu schlagen, davon wissen heute die alten Handegen noch manch interessantes Geschichtchen zu erzählen.

Kein erster Mal wäre vergangen ohne eine Demonstration, und wenn der Polizeikommando noch so stark war, immer wurde die rote Fahne am 1. Mai ausgepflanzt. Aber nicht nur in Striegau selbst war ihr Betätigungsfeld, sondern selbst bis ins Waldenburger Revier sind sie gegangen, um den Bergarbeitern die Flugblätter zu bringen. Aber leider, diese alten Pioniere starben aus, die Führung kam in andere Hände, diese hatten nicht mehr notwendig unter so großen Schwierigkeiten zu kämpfen, verschwunden war das Sozialistengesetz, und an die Stelle der praktischen gefährlichsten Arbeit traten die Männer der schönen Worte. Wie oft hatten die Striegauer Arbeiter vergebens gekämpft, daß auch sie als Arbeiter, durch ihre Führer im Stadtparlament vertreten würden, immer wurde es von den Bürgerlichen in der Vorkriegszeit abgelehnt. Erst nach dem November 1918 zogen die Vertreter der Arbeiterchaft in überwiegender Mehrheit ins Stadtparlament. Nun war der Zeitpunkt gekommen, um das, was von den alten Handegen erstrebt wurde, nun auch wenigstens einigermaßen zu verwirklichen. Aber was ist geschehen, haben jene Leute auch in der ganzen Zeit nur einmal den Versuch gemacht, etwas Politives zu erreichen? Nein, sie haben eine Politik getrieben, die die gesamte Arbeiterchaft auf das schwerste kompromittierte. Die soziale Verwaltung der Obfalleen war schon ein sehr gutes Zeichen, wobei der Kurs gerichtet war. Nicht nur, daß man mit Defizit wirtschaftete, sondern die Bücher waren, als es zur Abrechnung kam, aus Versehen bei dem Herrn Stadtrat Müller (SPD.) in den Ofen getrandert. Schon damals war etwas faul im Staate Dänemark. Allerhand Gerüchte schwirrten durch die Stadt, und die Bürgerlichen hatten wieder Wasser auf ihre Mühlen. Die Fälligkeit des Herrn Müller als Polizeidezernent ist auch ein Kapitel für sich. Er war es, der unseren Genossen bei einer Gelegenheit erklärte, daß es doch, wenn der Herr Regierungspresident bei ihm anfragt, wer eigentlich in Striegau die führenden Kommissionen sind, für ihn als Polizeidezernent eine Blamage wäre, wenn er dies nicht wüßte.

Die Verwaltung der städtischen Basaltwerke durch Herrn Dezernenten Müller und als Geschäftsführer Stadtverordneter Hängel (SPD.) ist nun eine ihrer Glanzleistungen ihrer sozialistischen Arbeit. Der Betrieb, der vorher in Privat Händen gewesen war, hat dort immer ganz anständigen Profit abgeworfen. Anstatt nun zu zeigen, daß die Arbeiterchaft instande ist, die Betriebe selbst in die Hand zu nehmen und zu leiten, hat man auch hier wieder eine ganz erbärmliche egoistische Politik getrieben. Auf Grund einer von den Stadtverordneten eingeleiteten Revisionskommission stellte sich heraus, daß ungefähr 2000 Kubikmeter Steine am Lagerbestand fehlten. Auf Grund dessen stellten die Bürgerlichen, die leider durch die erbärmliche Politik dieser Leute wieder in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, sofort den Antrag, daß der Basaltbruch wieder an Privatunternehmer verpachtet wird. Trotzdem sich

die Sozialdemokratie nicht etwa den verantwortlichen Geschäftsführer Hängel fallen, sowie auch den zum großen Teil mitverantwortlichen Müller, nein, sie verteidigte diese Leute, welche doch damit die ganze Arbeiterbewegung kompromittierten, in der „Striegauer Volksgemeinschaft“. Jetzt steht nach Meldung der „Bergwacht“ einwandfrei fest, daß nicht nur schlecht und leichtsinnig gewirtschaftet worden ist, sondern daß mehrere Unterschlagungen vorgekommen sind.

Es wird bald Zeit, daß sich die Striegauer Arbeiterchaft ihrer alten Vorkämpfer besinn, es ist doch eine Schande, daß erst vor kurzer Zeit der Stadtrat Mangel (SPD.) wegen Unterschlagung von 12 000 M. das Weite suchen mußte, und jetzt schon wieder denselben Fall. Ohne die kleineren Unterschlagungen, welche im letzten Jahre von den kleinen sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären begangen wurden, zu sprechen.

Sehr hübsch und verlogen ist die „Bergwacht“ in ihrer Verteidigung des Falles Hängel. Sie erklärt, daß der Fall Hängel dem Bürgerturn zur Last falle, das einen derartigen Schauspielers ertragen habe. Gut geklärt, aber wer in aller Welt zwingt auch denn, diesen zum Bürgerturn erzeugten Menschen sofort ins Stadtparlament zu schicken, wo die Dugend von ehelichen Arbeitern in euren Reihen hätte, die nicht von Bürgerturn erzeugt, auch nicht so korrupt, so korrupt, so bestechlich waren, wie dieser Hängel. Nein, der Fall bleibt auf euch liegen.

Arbeiter von Striegau, findet ihr denn bei diesen Leuten eine Spur von Sozialismus? Ist es denn nicht vielmehr ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung, für die unsere Vorkämpfer alles hingegeben haben? Wollt ihr noch länger diesen erbärmlichen Wächtern das heilige Erbe von Karl Marx in ihren schmutzigen Händen lassen? Nein, Arbeiterbrüder, das dürft ihr nicht, ihr macht euch mitschuldig an dem Verbrechen, das an der Arbeiterchaft begangen wird. Darum geht auch ihr ihnen den schon so oft verdienten Justizteil und geht mit uns den Weg, den unsere Vorkämpfer gegangen sind, nur auf diesem Wege werden wir siegen. Selbst wenn Wächtern das Erbe von Baudach aus der Hand und schleht euch an derjenigen Partei, die es mit der Arbeiterchaft gemeint, deren Führer Karl und Rosa für die Arbeiterchaft gestorben sind, gemordet von jenen Leuten, die euch verraten und verkauft haben. Schmeißt heraus die „Volksgemeinschaft“, welche diese Leute in Schutz nimmt, lest die kommunistische Presse, die frei ist von jeder Korruption.

*

Stadtrat Müller bietet seine Demission an

Striegau, 26. Oktober.

Der Skandal Hängel, über den wir oben berichteten, glebt immer weitere Kreise. Bisher sind unterschlagene Beträge in Höhe von über 4000 Mark festgestellt worden. Der bisherige Dezernent des städtischen Basaltwerkes, der sozialdemokratische Stadtrat Gustav Müller, welcher mitverantwortlich für den Skandal ist, weil er dem Hängel nicht schärf genug auf die Finger sah, hat das Dezernat dem Bürgermeister zur Verfügung gestellt.

*

Stadtrat Müller ist einer der gebildetsten und unanständigsten Feinde der revolutionären Arbeiterchaft. Er hat in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter sowie als Parteiarbeiter und als Stadtrat die SPD. immer in der allerschlimmsten Weise belächelt, insbesondere suchte er unserer Bewegung durch persönliche Angriffe zu schaden. Nun hat auch Stadtrat Müller sein Schicksal erreicht. Der Fall Hängel ist typisch für die Kleinbürgerlich gewordene Sozialdemokratie. Ein Kleinbürger und Konjunkturpolitiker hängt sich an die Spitze der Arbeiterbewegung, da er Maulwerk hat und auf die Kommissionen zu schimpfen versteht, steigt er auf dem Rücken der sozialdemokratischen Arbeiterchaft, ohne jemals mühselige Kleinarbeit gemacht zu haben, zu den höchsten Funktionärsposten auf. Man macht ihn zum Stadtverordneten, eheliche sozialdemokratische Arbeiter aber, die jahrelang für die SPD. treppauf, treppab gelassen sind, werden hinten an gestellt. Hängel wird der Intimus und beste Freund von Müller. Nun häuft Müller Vertrauen auf Vertrauen auf diesen. Und da Müller von Kommunisten über mehr bestand als von kaufmännischer Buchführung und Revisionen, so wurde er von Hängel monatlang, viellecht jahrelang, an der Nase herumgeführt, bis er schließlich der Gehänselte war. So ist Müller ein Opfer seiner und seiner Partei Politik geworden. Die Klassenbewusste Arbeiterchaft wird ihm keine Träne nachweinen.

von Karl May. Ein sechszelliges Schauspiel nach Georg Kaisers Kolportage. — Eine abenteuerliche Geschichte. Meßallanz eines Grafen, Zerstörung der Eheleute, Kindesentführung, Kindesversteckung, Kampf des fahnen mit dem echten Grafen usw. Selbstmordabsicht, Wasserkampf, Boxkampf und schließlich heiliche Versöhnung. Dramatisierte Kolportage in guter Aufmachung. Prächtige Aufnahmen der nordischen Rüste, glänzende Szenenaufnahmen und hervorragende Darstellung. Im Programm eine originale Fir und Jazz-Prozesse. Sehr gute Begleitmusik. D.

Neue Stadtverordnetenvorlagen

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag, den 29. Oktober, im Sitzungssaale des Landeshauses statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende neue Vorlagen zur Beratung: Die Ausschüsse 2 und 5 empfehlen Ablehnung der Vorlage betreffend die Gewährung eines Darlehens an den Turnverein „Vorwärts“. Ein Gutachten des Ausschusses 5 erachtet den Magistrat, die Debatation zur Vorbereitung eines Rathaus-Neubaus endlich zu einer einmaligen Lösung einzubringen. Der Magistrat erucht um Zustimmung zu einer Ortsjahrgang gegen die Heranzahlung der Kaiserstraße zwischen den Parken- und Auenstraße und Anhebung dieses Straßenzuges als Brachstraße. Beschluß des Magistrats betreffend Aufstellung von besonderen Haushaltsplänen für die städtischen Betriebswerke. Beschluß des Magistrats betreffend Gewährung von Beihilfen an Jugendorganisationen zwecks Zahlung der Miete für die von ihnen in Anspruch genommenen städtischen Schulräume. — Dringliche Anfrage des Stadtverordneten Schade und Genossen an den Magistrat betreffend Beilegung der zurzeit unhaltbaren Zustände auf dem Breslauer Frühmarkt und Freimachung des Märkerplatzes für den Frühmarkt. Antrag des Magistrats auf Verstärkung der Ausgaben des Wohlfahrtsamtes für das Rechnungsjahr 1925 auf rund 4,7 Millionen Mark. Beschluß des Magistrats auf Vertagung der Sitzung der Uebnahme des Fahrpersonals der Straßenbahn in das Angestelltenverhältnis.

Parteiveranstaltungen

- Breslau. — Bezirk Ost. Sämtl. Sammelstellen müssen bis Dienstag beim Hauptkassierer abgerechnet sein. — Bezirk West. Dienstag, abends 7 Uhr treffen sich sämtliche Funktionäre im Lokal von Windt, Parianenstr. Insbesondere Kassierer müssen unbedingt erscheinen. — Bezirk Ost. Freitag, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung. Fortsetzung der Ortsberichterstattung. Alles erachtet im Lokal von Heinrich Frankfurter Str. Ecke Altkirch. Utegnitz. Donnerstag, abds. 8 Uhr. Reichsbader „Kuglerord. Genossenschaft. Mitgliederversammlung, sonst kein Zutritt. Referent: Genosse Paul. Alles hat zu erscheinen.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau. — Freitag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Stadt Wien“, Waiergasse.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Rote Frauenliga. Alle Genossinnen, die sich an der Bildung einer Roten Frauenliga beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, 27. Oktober, abends 1/8 Uhr im Parteibüro, Trebnitzer Straße 50. Breslau. — 13. Gruppe Ost. Mittwoch Gruppenversammlung. Es hat jeder Mitglied zu erscheinen. Referent: Genosse Wanden. Utegnitz. Dienstag, 8. 11. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Reichsbader“.

Bersammlungsanzeigen

- Breslau. — Rote Hilfe. Donnerstag, abends 7.30 Uhr Sitzung des Beiratsvorstandes. — Stadtverordnetenfraktion. Dienstag, abds. 7 Uhr im Rathaus 7, 1. Et. 10. Velle, Fraktionssitzung.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Parteitag!

Durch Beschluß der erweiterten Bezirksleitung am 25. September ist der

II. ordentliche Parteitag der KPD, Bezirk Schlesien

für

Sonnabend, den 26. Dezember 1925 (2. Weihnachtsfeiertag) und Sonntag, den 27. Dezember 1925 (3. Weihnachtsfeiertag) in

Görlitz

abgehalten werden.

Die Wahl der Delegierten darf und kann nur noch durch die Betriebs- und Ortszellen erfolgen. Überall dort, wo Betriebe vorhanden sind, müssen Betriebszellen gebildet werden und die bisherige Wohnorganisation auf diese Betriebszellen umgestellt werden. Nur in den rein ländlichen Ortsgruppen, wo keinerlei Betriebe vorhanden sind, in denen Kommunisten beschäftigt werden, kann die Bildung von Ortszellen erfolgen. Unsere Genossen müssen sofort an die Umstellung der Parteiorganisation übergehen, wenn sie nicht ihr Wahlrecht zum Parteitag und damit das Mitbestimmungsrecht über die Geschicke der schlesischen Parteiorganisation verlieren wollen. Trotz unserer wiederholten Aufforderung hat nur der UB. Waldenburg einen Plan der Umstellung des Unterbezirks auf Betriebszellen eingereicht. Genossen in den Ortsgruppen und Unterbezirken, zwingt eure Funktionäre, daß sie endlich an die von uns wiederholt geforderte Arbeit herangehen, damit ihr nicht durch die Unmittelbarkeit eurer Funktionäre rechtlos werdet.

Nach den Beschlüssen des Freiburger Parteitages entsenden die Zellen von 20 bis 50 Mitgliedern einen Delegierten, für je weitere 50 Mitglieder, soweit der Rest mehr als 25 beträgt, einen weiteren Delegierten.

Zellen mit weniger als 20 Mitgliedern müssen so zusammengesetzt werden, daß sie gemeinsam einen Delegierten entsenden können.

Die Zahl der Mitglieder wird errechnet an Hand der Monatsabrechnungen für August, September und Oktober.

Beispiel: Eine Zelle hat abgerechnet:

im August 200 Marken I., II. und III. Klasse,

im September 150 Marken I., II. und III. Klasse,

im Oktober 219 Marken I., II. und III. Klasse.

Zusammen 569 Marken I., II. und III. Klasse, geteilt durch 15 Wochen, ergibt eine Mitgliederzahl von 35. Demnach entsendet die Zelle einen Delegierten.

Die Anerkennung der Delegierten auf dem Parteitag ist abhängig davon, daß

a. die Abrechnung für November bis spätestens 10. Dezember in unseren Händen ist,

b. alle Extramarken (Wahlfondsmarken usw. Sammelisten Wahlfondssammelisten, Bauarbeitersammelisten usw.) bis spätestens zu diesem Termin an uns abgeführt worden sind.

Die Delegierten können nur dort gewählt werden, wo sie in der Zelle zuständig sind. Es ist also unzulässig, daß ein Genosse sich als Delegierter in einer Zelle aufstellen läßt, der er nicht angehört.

Nun heran an die Arbeit!

Die Wahlergebnisse in Baden und Berlin, sie haben den Feinden der Arbeiterschaft gezeigt, daß die von ihnen totgeklärte kommunistische Partei auf der ganzen Linie vorwärts marschiert. 352.000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben trotz der SPD-Hetze und der Flut von Verleumdungen gegen die Führer der KPD unserer Partei ihr Vertrauen bekundet. Unter dem Eindruck dieses Wahlergebnisses ist selbst die Stimmesspreche genötigt, von dem starken Ruck nach links zu schreiben. Die Arbeiterschaft hat die Passivität von 1924 zum großen Teil überwunden. Dawesabkommen, Steuern, Zölle, Hungerlöhne, Ausrüstungen und Streiks haben das Proletariat überall wachgerüttelt. Das Eisen für die kommunistische Partei ist überall heiß. Es muß bei den kommenden Wahlen zum Provinzial-Landtag und Kreistag zum Erfolg für die kommunistische Partei geschmiedet werden. Ein Feigling und Hundstot, ein Saboteur und Verräter am revolutionären Proletariat ist der Funktionär, der angesichts unserer Erfolge in Berlin und Baden die Latrinenparole herausgibt: Na ja, das ist Berlin, aber in Schlesien, das ist halt was anderes. Die schlesischen Arbeiter haben noch die Zügel in der Hand. Diesen Flammern muß mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit entgegengetreten werden. Was in Berlin und Baden möglich war, nämlich unsere Stimmenzahl gewaltig zu erhöhen, das muß auch in Schlesien möglich sein, und ist auch möglich, wenn alle Genossen und Genossinnen ihre Schuldigkeit tun.

Was ist zu tun? Zunächst haben Ortsleitungen, Unterbezirksleitungen dafür zu sorgen, daß die Kandidaten ihre polizeilich beglaubigte Zustimmungserklärung und ihre Wahlberechtigungserklärung umgehend an das Bezirkswahlkomitee einreichen. Vielfach versuchen Polizeibehörden Gebahren für die Beglaubigung zu verlangen. Das ist unzulässig. Unsere Genossen müssen die Polizei darauf aufmerksam machen, daß Beglaubigungen zu Wahlzwecken laut gesetzlichen Bestimmungen kostenlos zu erfolgen haben. In wenigen Tagen läuft die Frist zur Einreichung der Kandidatenliste ab, deshalb darf nicht länger gezögert werden. Durch das Versäumnis eines Kandidaten kann unsere gesamte Arbeit lahmgelegt werden. Die zweite notwendige und wichtige Arbeit besteht in der Sicherung des Wahlrechtes. Alle Ortsgruppen, Zellenleiter usw. müssen dafür sorgen, daß die seit Montag ausliegenden Wählerlisten von allen Genossen und Sympathisierenden eingesehen werden. Hand in Hand mit den erstgenannten wenig Mühe verursachenden Arbeiten muß gehen

die Finanzierung des Wahlkampfes.

Das ist die Vorbedingung für einen erfolgreichen Wahlkampf. Die Wahlfondsmarken müssen in allen Betrieben abgeholt werden. Sammelisten müssen in den Betrieben herausgeholt und dann schnellstens abgerechnet werden. Zum Wahlkampf gehört Geld, Geld und noch einmal Geld. Deutet an die große Anstrengung unseres Bezirkes, an die Tausende Dörfer, und Ortschaften, die mit Flugblättern belegt werden müssen. Deutet an die Unkosten für Fahrgelder der Referenten, für Sammelisten usw. Die bürgerlichen Parteien einschließenlich der

Sozialdemokraten haben reiche Spender, die ihnen die Finanzierung des Wahlkampfes leicht machen. Die kommunistische Partei dagegen ist nur auf die Arbeitergroschen angewiesen. Wir wissen, daß es unseren Genossen nicht leicht fällt, Beiträge für den Wahlfonds zu zeichnen. Die Sammelisten sollen daher nicht nur bei den Genossen, sondern vor allen Dingen bei dem großen Kreis der Sympathisierenden verbreitet werden. Die nächste wichtigste Arbeit für den Wahlkampf ist die rechtzeitige Sicherung und Mielung von Sälen für unsere Versammlungen. Welt unsere Feinde drauf und drap sind, uns die Säle wegzumieten.

Im Vordergrund aller unserer Arbeit aber muß schon jetzt auch die Aufklärung der Wähler und Wählerinnen stehen. Es zeigt sich immer mehr, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die Bedeutung der Provinziallandtagswahlen vollkommen unterschätzen. Ja, es gibt Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, die noch nicht einmal wissen, daß überhaupt Wahlen stattfinden. Vielfach herrscht auch die Ansicht vor, daß nur in Landkreisen gewählt wird. Immer wieder muß daher darauf hingewiesen werden, daß alle über 20 Jahre alten Wähler in Stadt und Land zu den Provinziallandtagswahlen wählen.

Darum Genossen, schneidet die aufklärenden Artikel in der kommunistischen Presse aus und klebt sie in den Betrieben an. Sorgt ferner schon jetzt für die rechtzeitige Fühlungnahme mit der Landbevölkerung und denjenigen Orten, in denen noch keine Ortsgruppen der KPD. bestehen.

Genossen, Funktionäre, beginnt mit den geschilderten Vorarbeiten, sie sind die Grundlage für den Wahlkampf, sie sind unerlässlich für einen Erfolg. Heran an die Arbeit!

Das Gesicht dem Dorfe zu!

Bei allen Wahlen machen wir die Erfahrung, daß die KPD die Mehrzahl ihrer Stimmen aus den Industriestädten holt. Draußen im flachen Lande dominieren die Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Das ist eine offene Gefahr für die Partei. Wir müssen unter allen Umständen versuchen, den Einfluß der Partei unter der Landbevölkerung auszudehnen und zu vergrößern. Wie macht man das?

Es ist ganz falsch, im Anfang bei dem Einsetzen unserer Propaganda sofort mit einer Versammlung, Flugblättern und ähnlichen Dingen zu beginnen. Der Landarbeiter und Kleinbauer ist jahrelang von unseren Gegnern derart bearbeitet und verhetzt worden, daß er allem, was von den Kommunisten kommt, skeptisch, wenn nicht feindlich gegenübersteht. Deshalb ist es notwendig, ihm zu zeigen, daß der Kommunist durchaus nicht jenem Schreckgespenst entspricht, das man der Landbevölkerung seit Jahren vorgehalten hat.

Unsere Ortsgruppen müssen ihre Mitglieder systematisch in kleine Trupps zu zwei und drei Mann aufteilen. Diese Gruppen besuchen vierzehntäglich oder alle drei Wochen ganz regelmäßig immer wieder dasselbe Dorf. Sie müssen zunächst mit einzelnen Leuten Fühlung bekommen, diesen helfen, bei ihren großen und kleinen Alltagsnöten, sie unterstützen, für sie Eingaben an die Steuerbehörden, Gesuche an den Landrat und all die tausend Dinge, die von den Landarbeitern und Kleinbauern schwer, für den Städter aber verhältnismäßig leicht sind usw. schreiben resp. sie beraten. Erst dann, wenn der Kleinbauer und der Landarbeiter persönliches Vertrauen zu den einzelnen Genossen gewonnen hat, erst dann kann man offen mit der Propaganda für die Partei beginnen. Auch jetzt wird der Dorfbewohner zunächst stutzig werden, das alte Schreckgespenst, das man ihm von Kommunisten gezeigt hat, fällt ihm wieder ein. Aber gleichzeitig setzt jene natürliche Gegenreaktion ein, die da besagt, wenn auch alle Kommunisten solche Lumpen, Strolche, Verbrecher und ähnliches Gesindel sind, wie man sie uns jahrelang gezeigt hat, die zwei oder drei, die ich doch nun schon lange kenne, die machen eine rühmliche Ausnahme.

Ist so der Boden auf der Basis des persönlichen Vertrauens von Mensch zu Menschen vorbereitet, dann erst setzt die offene Propaganda, mit Versammlungen und Flugblättern mit einiger Aussicht auf Erfolg ein.

Nun dürfen unsere Kräfte aber nicht verzertert werden. Es hat gar keinen Zweck in Klein-Krottschinn an der Knatter, in Bumsdorf am Berg zu arbeiten. Hier muß ganz systematisch vorgegangen werden. Die Ortsgruppen und Unterbezirke müssen sich ein Verzeichnis aller Orte, die im Unterbezirk resp. in der Umgegend der Ortsgruppe liegen, anlegen, aus dem genau hervorgeht:

- a. das Stimmeverhältnis bei den Maiwahlen 1924, b. das Stimmeverhältnis bei den Dezemberwahlen 1924, c. das Stimmeverhältnis bei den Märzahlen 1925, d. das Stimmeverhältnis bei den Aprilwahlen 1925.

An Hand dieser Ergebnisse müssen alle Orte in drei Gruppen eingeteilt werden.

- 1. Gruppe. Diejenigen Orte, an denen die Zahl der Stimmen zugenommen hat. 2. Gruppe. Diejenigen Orte, in denen das Stimmeverhältnis sich nicht geändert hat. 3. Gruppe. Diejenigen Orte, in denen die Stimmen zurückgegangen sind.

Je nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Genossen müssen nun bearbeitet werden entweder nur die Gruppe 1, oder nur die Gruppen 1 und 2. Es ist ganz klar, daß dort, wo wir noch keine Partymitglieder haben, wo aber, wie in Gruppe 1 die Stimmen zugenommen, ohne eine feste Parteiorganisation, um dessen die Möglichkeit besteht, eine Ortsgruppe der Partei zu bilden.

Bei der Bildung der Ortsgruppen ist äußerste Vorsicht notwendig. Es ist ganz falsch, wenn die Genossen glauben, daß sie etwas für die Partei geleistet haben, wenn sie möglichst viel Ortsgruppen gründen, bei denen sich herausstellt, daß sie nach vier oder fünf Wochen, weil sie nicht lebensfähig sind, wieder zusammenbrechen. Ein zwei und drei Genossen sind unter keinen Umständen eine Ortsgruppe. Man sollte als Minimum für die Bildung eigener Partei-Ortsgruppen die Zahl zehn nehmen, doch richtet sich das je nach den örtlichen Verhältnissen. Dort, wo wir weniger als zehn Genossen haben, muß man diese der nächstgelegenen größeren Ortsgruppe anschließen oder aber, wenn das nicht möglich ist, aus mehreren Orten zu einer Sammelortsguppe zusammenfassen.

Diese neu gebildeten Ortsgruppen werden nur lebensfähig sein, wenn sie von der Muttergruppe, durch die Bildung erfolgt ist, dauernd unterstützt werden. Unsere Genossen können genau so gut, wie sie Sonntags in ihrem Wohnort ihren Schoppen trinken und mit ihrer Familie in die Nachbarschaft spazieren gehen, alle zusammen ihren Spaziergang und ihren Schoppen in die Nachbarortsguppe verlegen. Unter keinen Umständen darf der Zustand bleiben, daß der Genosse Müller neben dem Genossen Müller und dieser wieder neben dem Genossen Schulz lebt, daß die Ortsgruppe A neben der Ortsgruppe B und diese wieder neben der Ortsgruppe C ganz isoliert dasteht, als wenn die Welt rundherum mit Brettern zugemauert wäre.

Nein. Die Kommunisten muß umschließen ein einziges Band der Brüderlichkeit, sie müssen leben wie eine große Familie, die Nöte und Sorgen des einen sind die Nöte und Sorgen aller, ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle.

Wir gehören alle zusammen, uns umschließt eine einzige feste Kette, wir stehen allein gegen eine Welt von Feinden, aber wir werden siegen, wenn wir verstehen, daß es gilt, Schulter an Schulter zu stehen, Hand in Hand zu arbeiten.

K a s s e

Das ZK. der Partei verlangt von uns, daß wir spätestens bis zum 14. eines jeden Monats abrechnen. Wir sind daher gezwungen, zu verlangen, daß die Kassierer bis spätestens zum 10. eines jeden Monats für den vergangenen Monat an uns abgerechnet haben.

Wir machen dabei besonders darauf aufmerksam, daß

- 1. die Abrechnung in zwei Exemplaren an uns eingesandt werden muß, ein Exemplar bleibt dann in der Kasse der BL. ein Exemplar geht an die UBL., 2. die Ortsgruppen- und Zellenkassierer, die dem Unterbezirk gehörenden 5 Prozent direkt an den UB-Kassierer abzurechnen haben, 3. daß der Versand der Abrechnungen an die BL. nicht durch Kurier, sondern nur noch durch die Post erfolgen darf, 4. daß mit der Abrechnung sofort der in der Abrechnung angegebene Geldbetrag auf das Postscheckkonto Arthur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, eingezahlt werden muß.

W a h l e n

Die Ortsgruppen müssen sofort den Unterbezirken mitteilen:

- 1. Wann und wo haben sie Wahlversammlungen abgehalten, 2. Wieviel Flugblätter brauchen sie.

Die Unterbezirke teilen der Bezirksleitung bis spätestens 5. November einen genauen Plan aller Wahlversammlungen mit und übersenden gleichzeitig eine Aufstellung, wieviel Flugblätter in den einzelnen Ortsgruppen gebraucht werden. Der Versand der Flugblätter erfolgt von hier aus direkt an die Ortsgruppen.

Die Referenten zu den Versammlungen müssen nach Möglichkeit von dem Unterbezirk selbst gestellt werden. Von der Bezirksleitung können nur sehr wenige Referenten gestellt werden und auch die nur für die größeren Orte.

Zu den Wahlen gehört Geld, deshalb müssen die ausgegebenen Wahlfondsmarken und Sammelisten sofort an uns abgerechnet und neue Sammelisten angefordert werden. Es ist ein offener Skandal, wenn die Ortsgruppe Langenbielau uns sämtliche Sammelisten zurückschickt und erklärt, unsere Genossen wollen nicht sammeln. Indem wir diesen Fall hier anprangern, bitten wir alle Genossen, unseren Freunden in Langenbielau zu zeigen, daß sie vereinzelt dastehen, darüber hinaus bitten wir unsere Freunde in Langenbielau sich noch einmal zu überlegen, wie sehr sie sich mit einer solchen Begründung bis auf die Knochen blamieren.

K o m m u n a l - P o l i t i k

Am Sonntag, den 1. November, findet in Breslau, vormittags 10 Uhr, in der Wratistawia, Mauritianplatz, eine Gemeindevertreterkonferenz des ganzen Bezirkes statt.

Alle Gemeindevertreterfraktionen müssen mindestens einen Delegierten schicken. Dort, wo wir keine kommunistischen Gemeindevertreter haben, soll ein anderer Genosse zur Konferenz entsandt werden.

Die Kosten tragen die Ortsgruppen. Die Genossen müssen ein Mandat ihrer Ortsgruppe haben und das Partei- und Gewerkschaftsbuch als Legitimation vorlegen.

Genossen! Unsere Gemeindepolitik ist eine der wichtigsten Parteiarbeiten mit, durch die wir den Massen zeigen können, wie sie von den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen belogen und betrogen werden, wie die Sozialdemokraten, zwar viel schwätzen von der Not des kleinen Mannes, aber praktisch nichts für ihn tun, ja im Gegenteil in Tausenden von Fällen ihn erneut belasten; wie nur die kommunistische Partei die Interessen aller Schaffenden vertritt.

Dazu aber muß in den Gemeinden eine einheitliche Politik, die die Massen verstehen, geführt werden, müssen unsere Gemeindevertreter immer und immer und unter allen Umständen ihr kommunistisches Gesicht zeigen. Kleine Fehler, die hier gemacht werden, rächen sich schwer und sind manchmal nicht wieder gutzumachen. Die Massen enttäuschen ist ein Verbrechen an der Partei und der gesamten proletarischen Bewegung.

Um aber ohne Fehler zu arbeiten, muß man wissen, was die Partei will, welche Politik die Partei in den Gemeinden treibt.

Deshalb lest die „Kommune“, das Organ der Partei für unsere Gemeindevertreter. Deshalb studiert eingehend die jetzt von uns versendeten Richtlinien für die kommunistischen Gemeindevertreter, deshalb kommt zu der

Gemeindevertreterkonferenz am 1. November in Breslau.